

36/89 – Mit Sonderbeilage Nordrhein-Westfalen

Volker Rühle nach Bundesvorstandssitzung:

Unsere konsequente Politik ist bestätigt worden

Drei Beschlüsse standen im Mittelpunkt der Beratungen des CDU-Bundesvorstandes am Mittwoch, 15. November 1989, im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn. In einer anschließenden Pressekonferenz erklärte Generalsekretär Volker Rühle:

Der Bundesvorstand hat beschlossen, daß der Bundesausschuß am 11. Dezember in Berlin ganz im Zeichen der Veränderungen in Deutschland stehen wird. Wir haben uns auch entschlossen, über den Kreis des kleinen Parteitages, das ist ja der Bundesausschuß, hinaus alle Kreisvorsitzenden der CDU Deutschlands zum 11. Dezember nach Berlin einzuladen.

Wir haben zum zweiten Übereinstimmung darüber erzielt, daß wir auch Gäste aus der DDR einladen werden, Leute die für Reform und Freiheit stehen aus den verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Bereichen, damit sie mit uns zusammen auf dem „kleinen Parteitag“ diskutieren können.

Des weiteren hat der Bundesvorstand den Generalsekretär beauftragt, zu einer informellen Kontaktaufnahme mit dem neuen Vorsitzenden der CDU der DDR, Lothar de Maiziere.

Schließlich wurde drittens die Einsetzung einer Expertenkommission „Wirtschaftsfragen in der DDR“ beschlossen. Sie soll Vorschläge erarbeiten, wie die wirtschaftspolitische Zusammenarbeit mit der DDR gefördert werden kann. Diese Kommis-

(Fortsetzung auf Seite 2)

HEUTE AKTUELL

● Deutschland

Alfred Dregger: Unser Ziel bleibt die staatliche Einheit aller Deutschen/Helmut Kohl ist ein starker Kanzler.

Seiten 4-6

Auch die EDU lobt die Weitsicht des Bundeskanzlers.

Seite 6

Internationale Pressestimmen zur Grenzöffnung der DDR.

Seite 9

● Opposition

Eine Kurzdokumentation über die wirkliche Haltung führender Sozialdemokraten in der Deutschlandpolitik. Ab Seite 11

● Öffentlichkeitsarbeit

Neue Informationsmittel der Bundesgeschäftsstelle zur Deutschlandpolitik. Ab Seite 18

● Dokumentation

Regierungserklärung des Bundeskanzlers zur Polenreise und zur Lage in der DDR. Dazu der Debattenbeitrag von Generalsekretär Volker Rühle im Deutschen Bundestag. Grüner Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

sion wird von Generalsekretär Volker Rühle, Christa Thoben, und Dr. Murrmann, dem Vorsitzenden des Wirtschaftsrates der CDU, geleitet werden. Der Bundesvorstand hat dann einen Bericht von Helmut Kohl entgegengenommen über seine Reise nach Polen, die einen neuen Anfang in den deutsch-polnischen Beziehungen gemacht hat. Viele Redner im Bundesvorstand erklärten, daß die CDU stolz ist auf die Leistung, die der Bundeskanzler bei seinem schwierigen Besuch in Polen für uns alle erbracht hat.

Der Bundeskanzler hat danach eine Lageanalyse gegeben im Hinblick auf die Situation in Berlin und in der DDR. Alle Redner haben ihren großen Respekt zum Ausdruck gebracht für die Demonstrationen in der DDR, die in den vergangenen Wochen auf friedliche Weise das deutsche Wunder, diese Revolution herbeigeführt haben. Wir haben aber auch deutlich gemacht, daß ohne den Druck der Übersiedler, die die DDR verlassen haben, es wahrscheinlich nicht zu der Reformbereitschaft gekommen wäre. Im übrigen hat der Bundesvorstand allen Bundesbürgern gedankt, die in den letzten Tagen auf sehr beeindruckende Weise die Besucher und die Übersiedler aus der DDR aufgenommen haben, und damit alle diejenigen Lügen gestraft haben, die noch bis vor einer Woche gemeint haben, sie könnten politisches Kapital gewinnen, in dem sie uns vorwerfen, wir würden etwa die Flüchtlinge verhätscheln oder Deutschtümelei betreiben.

Enger Kontakt zu unseren Nachbarn in Ost und West

Die letzten Tage und Wochen sind für uns alle Wochen der Freude gewesen, das bedeutet ein Durchbruch gerade auch für unsere Politik, die wir kontinuierlich

betrieben haben in den vergangenen Jahren. Der Bundeskanzler hat im übrigen zum Ausdruck gebracht, daß wir gut daran tun in dieser Stunde, in der wir besonders bewegt sind durch die Ereignisse in Deutschland, die Entwicklung bei den Nachbarn, die Diskussion bei den Nachbarn in Ost und West nicht zu vergessen, sondern einen engen Kontakt zu ihnen zu halten.

Die Frage von Diskussionen über einen möglichen Friedensvertrag ist im Bundesvorstand eindeutig als in der jetzigen Situation als absurd abgelehnt worden. Uns kommt es auf die innere Souveränität der Entwicklung in Deutschland an. Die Dynamik des historischen Prozesses darf durch solche Vorschläge nicht gebremst werden. Wir haben unsere Erwartung zum Ausdruck gebracht, daß wir jetzt einen konkreten Fahrplan für Reformen in der DDR brauchen. Die freien Wahlen, die versprochen worden sind, müssen wirklich freie Wahlen sein, d. h. auch freie Parteibildung, freie Meinungsäußerung, auch Chancengleichheit für alle Parteien, die sich dort in einem neuen politischen Pluralismus gründen können und sie alle brauchen auch eine faire Grundausrüstung für ihre Arbeit.

Wir haben dann darüber gesprochen, was jetzt als allernächstes geschehen kann im Bereich der wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenarbeit. Es ist noch einmal deutlich gemacht worden, daß wir keine Bedingungen stellen für wirtschaftliche Hilfe, aber das ganz entscheidend ist, welche Voraussetzungen es gibt, um wirtschaftlich zusammenarbeiten zu können. Es ist gar keine Frage, daß es neben tiefgreifenden politischen Veränderungen auch tiefgreifende wirtschaftliche Veränderungen geben muß, wenn man zu einer intensiven wirtschaftlichen Kooperation kommen soll.

Investitionen für Deutschland

Wir begrüßen die Gespräche zwischen dem Kanzleramtsminister und den Vertretern der DDR am 20. November und wir haben auch die bevorstehenden Gespräche des Bundeskanzlers diskutiert. Im Vordergrund steht für uns die Förderung der Reisemöglichkeiten, und zwar nicht nur von Ost nach West, sondern auch von West nach Ost, denn Tatsache ist ja, daß für die Bundesbürger, die jetzt verstärkt in die DDR reisen wollen, noch keine wesentlichen Verbesserungen erreicht worden sind. Die Verbesserung bei den Reisemöglichkeiten muß jedenfalls erhalten bleiben und steht im Mittelpunkt aller Gespräche und Sondierungen. Wir wollen nicht abwarten bis die soziale Marktwirtschaft in der DDR eingeführt ist, was in der Tat die beste Grundlage wäre, z. B. für private Investitionen, aber wir überlegen uns, was in der jetzigen Situation an Maßnahmen möglich ist und das würde ich zusammenfas-

Aber ich muß schon sagen, es gibt Wendehälse in der DDR und auch in der Bundesrepublik. Es gibt in der DDR Leute, die waren 20 Jahre im Ministerrat und haben 14 Tage früher als andere angefangen, sich für Reformen einzusetzen und tun jetzt so, als ob sie 20 Jahre verfolgt und unterdrückt worden wären. Es gibt Leute in der Bundesrepublik, die haben sich 20 Jahre lang lustig gemacht über den Einsatz, auch von Unionspolitikern, für die Einheit und Freiheit unseres Vaterlandes, und die tun jetzt so, als ob sie Vorkämpfer für die Einheit und Freiheit aller Deutschen seien. Aber ich vertraue auf die Intelligenz aller Deutschen, sich ihr eigenes Urteil zu bilden.
(Volker Rühle, Frankfurter Neue Presse, 15. 11. 1989)

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion gratuliert den Deutschen in der DDR. Sie haben durch ihre eindrucksvollen Willensbekundungen zunächst die Regierung der DDR und dann das Politbüro der SED zum Rücktritt gezwungen. Daß sie dies auf friedlichem Weg erreicht haben, verdient unseren tiefen Respekt.

(aus: Erklärung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 14. November 1989 zur Deutschlandpolitik)

sen unter der Überschrift „Investitionen für Deutschland“, d. h. Investition, die wir fördern können, die auch für die Zukunft ihren Wert haben wie immer die politische Entwicklung sein wird.

Aus unserer Sicht sind hier insbesondere zwei Dinge zu nennen: Einmal Investitionen im Umweltschutz, die wir fördern über das hinaus, was bereits verabredet ist zwischen der Bundesrepublik und der DDR, das nützt den Deutschen in der DDR, das nützt aber auch schon jetzt den Deutschen in der Bundesrepublik, denn sie leiden unter den Umweltbelastungen. Im übrigen ist das eine Investition für Deutschland unabhängig davon, wie die politischen Verhältnisse in wenigen Jahren sein werden. Dasselbe gilt für eine Förderung der Kommunikationsmöglichkeiten, z. B. das Telefonnetz. Wenn wir uns hier engagieren, helfen wir nicht nur den Deutschen in der DDR, sondern auch unseren Mitbürgern in der Bundesrepublik und auch das wäre eine Investition für Deutschland.

Im übrigen haben wir auch Maßnahmen diskutiert was medizinische Hilfe angeht. Schließlich gibt es Überlegungen zu prüfen, welche Maßnahmen möglich sind, um einen möglichst umfangreichen, preiswerten, störungsfreien Weihnachtsreiseverkehr für alle deutschen Mitbürger in Ost und West zu ermöglichen. ■

Alfred Dregger:

Helmut Kohl ein starker Kanzler

Zur Polenreise des Bundeskanzlers und zu dessen Aufenthalt in Berlin hat der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, vor der CDU/CSU-Bundestagsfraktion folgendes ausgeführt:

Um die Kontinuität der Politik der Union deutlich zu machen, die den Wandel im Osten möglich gemacht hat, möchte ich ein Zitat aus dem Bulletin des Jahres 1961 vortragen. Konrad Adenauer sagte damals an die Adresse von Heimatvertriebenen:

„Haben Sie Geduld! Haben Sie Ausdauer! Haben Sie Hoffnung! Unser Ziel ist es, dafür zu arbeiten, daß die Gegensätze der Nationalstaaten in Europa im Laufe der Zeit verschwinden. Das gilt auch für die europäischen Länder, die jetzt dem Ostblock angehören. Unser Ziel ist, daß Europa einmal ein großes, gemeinsames Haus für alle Europäer wird — ein Haus der Freiheit. Die Einheit Europas wird auch Ihren Wünschen und Ihren Forderungen Erfüllung bringen. Jeder Schritt, den wir zur Integration zunächst Westeuropas tun, ist auch ein Schritt auf dem Wege zu Ihrer Heimat. Halten Sie fest an Ihrem Willen! Halten Sie fest an Ihrer Hoffnung! Ich bin dessen gewiß, daß eines Tages der Tag der Erfüllung auch für Sie kommen wird.“

Dies 28 Jahre alte Adenauer-Wort wirkt wie ein Kommentar zur Polenreise von Helmut Kohl. Wir ernten jetzt die Früchte der Politik, die Adenauer bereits begonnen hat. Ohne die Entscheidung für den Westen, ohne die Entscheidung für

die Atlantische Allianz und für die Europäische Union hätten wir heute weder Verbündete im Westen noch Optionen im Osten. Diese konsequente Politik ist wirklich bestätigt worden.

Helmut Kohl hat die Positionen, die es zur Grenzfrage bis zu einem Friedensvertrag gibt, zunächst hier in Bonn dargelegt. Er hat uns damals gesagt: „Ich werde in Warschau genau dasselbe sagen.“ Genauso hat er sich verhalten: Er hat nichts anderes gesagt als das, was er vorher hier in Bonn gesagt hat. Er hat sich durch keinerlei Attacken — ob von der Opposition oder von sonst jemand — von dieser Linie abbringen lassen. Der 1. Sekretär der kommunistischen PVAP hat dazu gesagt: „Was der Bundeskanzler gesagt hat, ist korrekt.“ Das zeigt: Wer fest ist und nicht wackelt, der wird auch ernst genommen, der bekommt auch Respekt.

Ich erinnere an die physische Anstrengung, die Helmut Kohl in den zurückliegenden Tagen auf sich genommen hat: Den Flug nach Berlin, der notwendig war — es wäre ein Fehler gewesen, wenn er nicht in Berlin gewesen wäre —; dann zwei Kundgebungen in Berlin, von denen nur die erste vom Fernsehen übertragen wurde; dann diese johlende Menge von Chaoten vor dem Schöneberger Rathaus, die auch unsere Nationalhymne verspottet hat.

Helmut Kohl hat in dieser Situation seine Gedanken fest und unerschütterlich vortragen. Das ist zu bewundern. Dieser Kanzler ist stark. Wir werden mit ihm gemeinsam unsere Politik fortsetzen und die Bundestagswahl gewinnen.

Alfred Dregger:

Unser Ziel bleibt die staatliche Einheit aller Deutschen

Zur aktuellen Situation in Deutschland führt der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, in seinem politischen Lagebericht vor der Fraktion u. a. am 14. November folgendes aus:

Hinter uns liegt eine historische, eine beglückende und auch eine in manchem schmerzliche Woche.

Beglückend war — die Friedlichkeit, die Selbstverständlichkeit, die Tränen der Freude auf beiden Seiten, die Fröhlichkeit und die Hilfsbereitschaft der Westdeutschen, vom Bundesinnenminister bis zum letzten Grenzschutzbeamten, von den Stadtverwaltungen bis zu den karitativen Organisationen und von den Bürgern selbst.

Alles wurde spielend gemeistert. Wir waren auch auf einen noch stärkeren Ansturm vorbereitet und hätten ihn ebenfalls gemeistert.

★

Der Kampf, der jetzt um die innere Gestalt Deutschlands geführt werden muß, betrifft nicht nur die DDR, sondern auch Westdeutschland. Herr Steinkühler, der in einem Leitartikel der FAZ vom 13. November als der „heimliche Generalsekretär des demokratischen Sozialismus in der Bundesrepublik Deutschland“ bezeichnet wird, hatte gesagt: „Ich bin sicher, die Zukunft liegt nicht beim Kapitalismus, sondern bei einer freien und sozialistischen Wirtschaft.“ Deshalb dürfe, so Steinkühler, für die Reformpolitik in Osteuropa „nicht der Kapitalismus

die Zukunft einer neuen Gesellschaft prägen, sondern die Idee des demokratischen Sozialismus“. Von Sozialer Marktwirtschaft und den einzigartigen Erfolgen, die sie auch für die Mitglieder der IG Metall gebracht hat, hatte Herr Steinkühler offenbar noch nie etwas gehört. Vielleicht gilt das auch für SPD-Vogel, der in der Debatte zur Lage der Nation ebenfalls vom demokratischen Sozialismus geschwärmt hat.

★

Das Thema Wiedervereinigung steht in der Tat nicht am Anfang der Entwicklung, die jetzt begonnen hat. Zunächst geht es um rechtsstaatliche und demokratische Verhältnisse in der DDR, um Freizügigkeit, um Pressefreiheit, um Meinungsfreiheit, um Koalitionsfreiheit und Parteienfreiheit, das alles gipfelnd in freien Wahlen. Eine frei gewählte Volkskammer wäre selbstverständlich von uns als legitim und gleichberechtigt anzuerkennen. Eine von einem freien Parlament in der DDR gewählte freie Regierung wäre gleichberechtigter Partner unserer westdeutschen Regierung.

Wenn auch die Wiedervereinigung nicht heute auf der Tagesordnung steht, so kann das nichts an unserem Ziel ändern, sie durch Selbstbestimmung des Volkes in beiden Teilen Deutschlands zu erreichen.

★

Es geht um die Herstellung demokratischer und rechtsstaatlicher Verhältnisse in der DDR. Dazu gehören alle demokratischen Grundrechte wie wir sie haben,

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

EDU lobt mutige und weitsichtige Haltung von Helmut Kohl

Bei seiner letzten Sitzung in Bonn beriet der Europa-Ausschuß der Europäischen Demokratischen Union (EDU) die neuesten Entwicklungen in der DDR, in Mittel- und Osteuropa. Die Öffnung der Grenzen der DDR zum Westen wurde ebenso begrüßt wie die Zeichen der Reformen in der DDR.

Die führenden Europapolitiker der EDU unter Vorsitz von ÖVP-Klubobmann Dr. König verabschiedeten eine Erklärung unter dem Titel: „Für ein geeintes

(Fortsetzung von der vorherigen Seite)

die Abschaffung des Machtmonopols der SED und volle Parteienfreiheit.

Wir sind zu großzügiger Hilfe bereit, wenn für ihre Wirksamkeit die dafür notwendigen Voraussetzungen in der DDR geschaffen werden. Dazu gehören außer den politischen Reformen auch grundlegende wirtschaftliche Reformen.

★

Der Kampf um die innere Ordnung Deutschlands hat erneut begonnen, nicht nur in der DDR, sondern auch bei uns.

Die Fronten sind klar bei uns

- hier CDU/CSU mit der FDP,
- auf der anderen Seite Rot-Grüne, die Vertreter des sogenannten demokratischen Sozialismus in all seinen Schattierungen.

Wir können den Kampf bis zur Bundestagswahl nur gewinnen, wenn wir die Lage richtig analysieren, wenn wir den Gegner bekämpfen und unsere Politik für Deutschland und seine Menschen positiv, offensiv und optimistisch zur Geltung bringen. ■

Europa in Frieden und Freiheit“, in der der Wunsch der Deutschen, in Ausübung des Rechts auf Selbstbestimmung die Einheit Deutschlands in Freiheit und Frieden zu vollenden, bekräftigt und auf die zentrale Rolle des westeuropäischen Integrationsprozesses hingewiesen wird.

Die EDU begrüßte die mutige und weitsichtige Haltung von Bundeskanzler Kohl, auf die Krise in der DDR mit einem massiven Hilfsangebot zu antworten, wenn die dort Regierenden einen demokratischen Reformprozeß einleiten. Der Europa-Ausschuß sicherte zu, Bundeskanzler Kohl und die Bundesregierung in allen weiteren Schritten zu unterstützen, die zur friedlichen Entwicklung zu mehr Freiheit und Demokratie in der DDR führen. Das unerschütterliche Festhalten am Grundgesetz und seinen Aufträgen durch die CDU/CSU habe zu den Entwicklungen im innerdeutschen Verhältnis ebenso beigetragen wie ihre Grundsatztreue, nicht mit der SED freundschaftliche Beziehungen einzugehen, wie dies die Politik der SPD gewesen sei. Die SPD habe noch vor wenigen Wochen versucht, Spitzengespräche mit der SED zu führen und sie damit zu stabilisieren.

Die Europapolitiker der EDU beschlossen, dem Lenkungsausschuß der EDU vorzuschlagen, ein Soforthilfeprogramm für die neuen demokratischen Parteien in Ungarn, Slowenien, Polen und anderen Reformländern einzurichten. Außerdem sollen Oppositionspolitiker aus Ungarn und Slowenien eingeladen werden, an der nächsten Lenkungsausschußsitzung am 7. Dezember 1989 in München teilzunehmen.

Pfiffe gegen den Bundeskanzler waren gezielte Störaktion aus der Alternativen Szene

„Momper sollte seine scheinheilige Rolle als Sprecher angeblich wahrer Empfindungen aller Berliner aufgeben und sich von den Störaktionen auf dem Schöneberger Rathausplatz während der Kanzlerrede klar distanzieren“, forderte der Bundesvorsitzende des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS), Christian Schede, nach seiner Rückkehr aus Berlin.

Berliner Studenten, die auf der Veranstaltung am vergangenen Freitag anwesend waren, hätten eine gezielte Störaktion der linksalternativen Szene feststellen können. Als Hauptakteure, so Schede, konnten der von der Alternativen Liste (AL) und den Jungsozialisten in der SPD (JUSOS) getragene AStA der Freien Universität Berlin mit dessen Vorsitzenden und AL-Mitglied ausgemacht werden. Ferner hätten sich der SEW-Studentenabteiler „Aktionsfront Demokratischer Studenten“ (ADS) und eine größere Gruppe von AL-Mitgliedern und -Sympathisanten, die um die Fahne der Alternativen Liste herumstanden, an dem gellenden Pfeifkonzert beteiligt. Auch der an seiner rot-schwarzen Fahne zu erkennende „Schwarze Block“ der Kreuzberger Autonomen-Szene sei als maßgeblicher Herd der Störmanöver zu erkennen gewesen.

„Momper ist solange mitverantwortlich für diesen Makel der Intoleranz an der historischen Stunde vor dem Schöneberger Rathaus, solange er sich nicht eindeutig von den gezielten Störaktionen seines Koalitionspartners Alternative Liste absetzt“, unterstrich Schede.

Die ersten Folgen dieser verantwortungslosen Haltung hätten sich bereits am Sonntag nachmittag beim erneuten Auftritt des „Schwarzen Blocks“ auf dem Kurfürstendamm gezeigt. Besucher aus dem Ostteil der Stadt hätten auf die Autonomen mit Sätzen wie: „Immerhin verhindert die Mauer, daß solche Leute zu uns rüber kommen . . .“ reagiert.

Nach Auffassung des RCDS-Vorsitzenden sollte Momper nicht nur von historischen Stunden reden, sondern sich seiner historischen Verantwortung für das Ansehen unseres Gemeinwesens bewußt werden. Eine klare Trennungslinie müßte angesichts derartiger Eindrücke bei den Bürgern der DDR zwischen denen gezo-gen werden, die Toleranz als Grundstein ihres Demokratieverständnisses pflegten, und solchen politischen Kräften, die wie weite Teile der AL und ihr nahestehende Autonome diesen Grundkonsens bereits verlassen hätten. ■

Zitat

Wenn wir heute die Flüchtlinge aus der DDR und die Übersiedler aus dem Osten bei uns begrüßen, erfüllen wir auch ein Stück Dankesschuld dafür, daß wir — ohne unser Verdienst, vielmehr als Ergebnis des historischen Zufalls —, in dem Teil Deutschlands leben, der das glücklichere Los gezogen hat. Die Mittel- und Ostdeutschen fragen bisweilen: „Haben denn wir allein den Krieg verloren?“ **Ottfried Hennig**

Stichwort:

Kreisau

1863 hat Generalfeldmarschall Helmuth von Moltke das Gut Kreisau im Kreise Schweidnitz in Schlesien erworben. Es ging nach seinem Tod 1891 an die Nachfahren eines seiner Brüder über. 1930 wurde die ursprüngliche Schreibweise Creisau in Kreisau umgewandelt. Heute heißt das Dorf Krzyszowa. Helmuth James von Moltke, der führende Kopf des „Kreisauer Kreises“ wurde in Kreisau am 11. März 1907 geboren. Er übernahm das Gut 1929 und führte es aus erheblichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten.

Im „Kreisauer Kreis“ fanden sich bedeutende und vorausschauende Kräfte des deutschen Widerstandes zusammen. Der Name stammt nicht von einem der Beteiligten, sondern von einem Beamten des NS-Sicherheitsdienstes, der nach dem 20. Juli 1944 die Untersuchung gegen diese Gruppe leitete.

Seit 1938 bildete sich um Helmuth James von Moltke aus einem früheren Freundeskreis eine Gruppe von Hitler-Gegnern, die zusammen überlegte, wie Deutschland nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus erneuert werden könnte. Man traf sich in Kreisau, in Berlin und andernorts zu über 100 Besprechungen, um ein politisches Programm für ein Deutschland nach Hitler zu entwerfen.

Bereits im Januar 1944 wurde Graf Moltke verhaftet. Eine große Anzahl der Gruppe schloß sich Graf Stauffenberg an und bereitete das Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 vor. Viele der Verschwörer — wie auch Graf Moltke selbst — büßten ihre Beteiligung am Kreisauer Kreis und am 20. Juli 1944 mit dem Leben.

Zum inneren Zirkel des „Kreisauer Kreises“ gehörten führende Repräsentanten aus kirchlichen und gewerkschaftlichen

Bereichen sowie Repräsentanten aus Diplomatie und den Parteien der Weimarer Republik. Dazu zählten unter anderem die Theologen Eugen Gerstenmaier, P. Alfred Delp S. J. und Pater Augustin Rösch S. J., die Gewerkschafter und Sozialdemokraten Carlo Mierendorff und Theo Haubach, Julius Leber und Adolf Reichwein, die Diplomaten Adam von Trott zu Solz und Hans-Bernd von Haef-ten, die Politiker Hans Lukaschek und Theodor Steltzer.

Die Bundesregierung ist bemüht, Kreisau als Denk- und Mahnmal freiheitlichen Geistes und mutigen Widerstehens zu erhalten. Kaum ein anderer Ort ist auch so geeignet, zum Symbol der deutsch-polnischen Aussöhnung zu werden.

Zitate

Beschämend

Bei der Jubelfeier vor dem Schöneberger Rathaus ist der Bundeskanzler kaum zum Reden gekommen. Haßerfüllter, brüllender, pfeifender politischer Pöbel hinderte ihn daran. Dies in einem Augenblick, da jeder Politiker das Wort „historisch“ im Munde führte. Der Mob pfiff auch bei der Nationalhymne. Ein unglaublicher Skandal und ein Armutzeugnis für West-Berlin. Ist dies die politische Kultur von Rot-Grün? Frankfurter Neue Presse, 11. 11. 1989

★

Ausgerechnet Kohl, der sich wie kaum ein Kanzler vor ihm die „deutsche Frage“ buchstäblich zur Herzenssache gemacht und das auch immer wieder bewiesen hat — nicht zuletzt mit der Einladung Honeckers an den Rhein 1987 —, hatte diese Pfiffe an einem Tage nicht verdient, an dem die Mauer zerborsten war und ganz Deutschland dies feierte.

Rheinische Post, 11. 11. 1989

Zitate zur Öffnung der Grenze

Die Veränderungen der letzten Monate machen deutlich, daß der Reformprozeß, den die Osteuropäer in Gang gebracht und den Gorbatschow und die USA und unsere Verbündeten unterstützt haben, echt und sehr hoffnungsvoll ist. Er verdient unsere Unterstützung. Wir leben in einer faszinierenden Zeit und werden jede Gelegenheit wahrnehmen, zu dauerhaftem Frieden beizutragen und die Demokratie weiterzubreiten. Die achtziger Jahre waren das Jahrzehnt der amerikanischen Erneuerung, und ich glaube, daß die neunziger Jahre weltweit unweigerlich das Jahrzehnt der Demokratie sein werden.

George Bush,
Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika

★

Ich finde diese Vorgänge sehr erfreulich, denn sie sind ein Zeichen dafür, daß die Freiheit in Europa Fortschritte macht. Das konnte man in Ungarn und Polen feststellen, heute sehen wir es nun in Ostdeutschland.

François Mitterrand,
französischer Staatspräsident

★

Welch ein Enthusiasmus, welch eine Bestätigung des fundamentalen menschlichen Bedürfnisses nach Freiheit. Das ist eines der grundlegenden Bedürfnisse aller Völker, des deutschen wie jedes anderen Volkes.

Michel Rocard,
französischer Premierminister

★

Wir haben uns die Geschwindigkeit wohl nicht vorstellen können, mit der die Dinge sich entwickeln würden, nachdem Gorbatschow in der Sowjetunion die Frage größter Freiheit für das sowjetische Volk zur Debatte gestellt hatte und nachdem alles in Polen und Ungarn so schnell ging. Wir

sollten nicht vergessen: Der erste Aufstand fand in Ostdeutschland statt; danach kamen die Aufstände in Ungarn, in Polen und in der Tschechoslowakei. Wir wollen hoffen, daß auch andere Staaten Osteuropas erfaßt werden.

Margaret Thatcher,
britische Premierministerin

★

Seit einigen Wochen wurde klar, daß dieses auf der Unterdrückung der Freiheit gegründete System zu zerbröckeln begann, und gestern fiel ein aufregend großes Stück herunter!

Douglas Hurd,
britischer Außenminister

★

Der Eiserner Vorhang, der Europa auseinandergerissen hatte, ist dabei, dem Rost anheimzufallen, der auch den Kommunismus zerrüttet hat. Vor allem ist es bemerkenswert, daß dies an seiner schändlichsten und tödlichsten Stelle geschieht: der Berliner Mauer.

Giscard d'Estaing,
ehemaliger französischer Staatspräsident

★

Was sicherlich viel wichtiger ist, ist die Qualität der Persönlichkeiten, die tatsächlich an der Macht sind. Man hat sich über die Einfachheit von Helmut Kohl lustig gemacht. Aber welche Art von Einfachheit ist es, die, wie er es gemacht hat, auf die östlichen Krisen mit einem klaren Angebot von „massiver Hilfe“ reagiert, sobald Ostdeutschland demokratische Regeln annimmt? Wenn der Test für staatsmännisches Verhalten Mut und Einbildungskraft in einem großen Moment ist, dann besteht Herr Kohl die Prüfung mit Auszeichnung.
Sunday Times, 12. 11. 1989

Delors: Solidarität mit den Deutschen

Präsident der EG-Kommission
schickt Telegramm an Bundeskanzler Helmut Kohl

Lieber Helmut,

ich verfolge die historischen Entwicklungen, die unsere deutschen Freunde so tief bewegen, mit großer Anteilnahme und Freude. Ich bin sicher, daß diese Gefühle von den anderen Mitgliedern der Familie, die die Europäische Gemeinschaft für uns alle geworden ist, geteilt werden. Wie ich vor einigen Wochen in meiner Rede in Bonn den Deutschen gesagt habe, bin ich zutiefst davon überzeugt, daß die Gemeinschaft eine unersetzliche Rolle bei der Erlangung des Rechtes aller Europäer auf Selbstbestimmung gespielt hat und verstärkt spielen wird.

Ihr

Jacques Delors

Gutes Zeugnis für Helmut Kohls Polen-Reise

Die vier Bundestagsabgeordneten, die im Auftrag ihrer Fraktionen den Bundeskanzler bei seinem Besuch in Polen begleiteten, haben dem Kanzler ein gutes Zeugnis ausgestellt. Der Fraktionsgeschäftsführer der SPD, Helmut Becker, der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU, Hornhues, die für Außenpolitik zuständige CSU-Politikerin Michaela Geiger und der neue Fraktionsgeschäftsführer der FDP, Hoyer, äußerten übereinstimmend an einem „runden Tisch“ von Abgeordneten und Journalisten Kritik an einem Teil der Berichterstattung über die Reise. Für Becker war es seit Abschluß des deutsch-polnischen Vertrages die 83. Reise nach Polen, bis zum 6. Dezember werde die 85. folgen. Er könne deshalb beurteilen, daß Kohls Besuch und die unterzeichneten

Verträge und getroffenen Abreden ein „voller Erfolg“ gewesen seien. „Da ist an keiner Ecke etwas abzustreichen.“ Becker verglich den Besuch Kohls in der Bedeutung mit jenem Brandts und bewertete ihn als eine „zweite Etappe für die deutsch-polnischen Beziehungen.“ Im Gegensatz zu seinem Fraktionsvorsitzenden Vogel berichtete er auch davon, daß sich Kohl mehrfach auf die Entschließung des Bundestages zu den Grenzfragen bezogen habe. Diesmal sind sie dort verstanden worden.

Die vier Abgeordneten erzählten, daß Helmut Kohl vor und nach dem Besuch in Auschwitz „tief bewegt“ gewesen war. Es gebe Orte auf der Welt, wo Deutsche besser schwiegen. Kohl habe sich daran in Auschwitz gehalten. (aus FAZ, vom 16. 11. 1989)

Die Wahrheit über die Deutschlandpolitik der SPD

Wer so rücksichtslos geirrt hat wie die Mehrzahl der Deutschland- und Ost-Politiker der SPD, der muß gerade in diesen Tagen an seine fundamentalen Fehlprognosen erinnert werden. Der gewaltige politische Fortschritt im Deutschland dieser Tage hat diese SPD-Politiker nicht an der Spitze, sondern allenfalls am Ende des Zuges gesehen.

In einem Brief an die Mitglieder der CDU/CSU-Bundestagsfraktion schreibt Friedrich Bohl, 1. Parlamentarischer Geschäftsführer:

Die SPD versucht in diesen Tagen, die friedliche Revolution für Freiheit in der DDR als Erfolg ihrer Deutschlandpolitik darzustellen. Gleichzeitig will sie offenbar den sogenannten „demokratischen Sozialismus“ als erfolversprechenden Weg für die DDR propagieren. Beides ist falsch.

Alle Deutschen freuen sich aus vollem Herzen über die neuen Freiheiten in der DDR. Unnötiger Parteienstreit sollte gerade in der Zeit dieser historischen Umbrüche vermieden werden.

Die notwendige Darlegung der eigenen Politik darf jedoch nicht unterbleiben. Klarstellungen über die eigenen Vorstellungen und auch über die Positionen anderer sind die Parteien dem Bürger schuldig.

Für uns gilt es festzuhalten:

- Die SPD hat in der Vergangenheit immer auf das Paktieren mit dem SED-Regime gesetzt. Kooperation mit den Unterdrückern statt Solidarisierung mit den Unterdrückten war das Motto ihrer Politik.

- Angesichts der Entwicklungen in der DDR ist es höchste Zeit, daß die SPD ihre gemeinsame Erklärung mit der SED aufkündigt. Die SED hat zu lange gezeigt, daß sie nicht freiwillig, sondern nur unter massivem Druck der Bevölkerung zu der Achtung der Menschenrechte bereit ist.

- Die Wiedervereinigung wird von großen Teilen der SPD bis heute abgelehnt oder in Frage gestellt. Mit ihrem Verhalten in Ost und West haben die Deutschen in diesen Tagen aber gerade ihren Willen unterstrichen, als Volk zusammenzustehen. Wir halten am Ziel der Wiedervereinigung fest.

- Der Zusammenbruch des realen Sozialismus bedeutet den Bankrott der sozialistischen Idee insgesamt. Sozialismus, welcher Art er auch sei, setzt das Kollektiv vor den einzelnen Menschen. Sozialismus ist ein Synonym für Bevormundung und Gängelung. Die Revolution dieser Tage ist eine Revolution gegen die Bevormundung.

- Die Losung dieser Zeit heißt Freiheit statt Sozialismus. Die SPD ist aufgefordert, ihr neues Grundsatzprogramm den Entwicklungen in Ost- und Mitteleuropa anzupassen. Sie braucht eine Grundsatzprogramm-Perestroika: Die SPD sollte den Sozialismus aus ihrem Programm streichen.

Nachfolgend für die politische Arbeit und Argumentation eine Kurzdokumentation über die widersprüchliche Haltung der SPD in der Deutschlandpolitik.

1. Paktieren mit dem SED-Regime

SPD-Deutschlandpolitik war immer auf den Pakt mit dem sozialistischen Regime gerichtet, nicht auf die Unterstützung der Freiheitsbewegung in der DDR:

„Keine Chance, demokratische Verhältnisse von unten her grundlegend umzugestalten.“ (Karsten Voigt, „Abrüstungsexperte“ der SPD-Bundestagsfraktion, zur Situation in Polen und im Ostblock insgesamt, Februar 1982, nach: Welt am Sonntag, 12. 11. 1989)

„Wir müssen die Souveränität der DDR ohne inneren Vorbehalt anerkennen... Alles, was wir erreicht haben, alles, was wir noch erreichen wollen, können wir nur mit der DDR und nicht gegen die DDR erreichen.“ (Klaus Bölling, Ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland in der DDR und Staatssekretär von Helmut Schmidt, 17. 5. 1982, nach: Welt am Sonntag, 12. 11. 1989)

„Der Kern der Deutschen Frage ist für eine lange große Weile eben nicht die Freiheit. Es ist die Bewahrung des Friedenszustandes, also des Status quo. Alles andere sind Ornamente oder Schlimmeres.“ (Karsten Voigt, „Abrüstungsexperte“ der SPD-Bundestagsfraktion, 2. 4. 1984, nach: Welt am Sonntag, 12. 11. 1989)

„Ein redlicher und bedeutender Mann.“ (Gerhard Schröder, SPD-Oppositionsführer in Niedersachsen, zu Erich Honecker im Herbst 1985, nach: Welt am Sonntag, 12. 11. 1989)

Beispiele:

SPD/SED-Papier

Im August 1987 legten SPD und SED eine gemeinsame Entschließung vor.

Darin heißt es u.a.:

„Sozialdemokraten und Kommunisten berufen sich beide auf das humanistische Erbe Europas. Beide nehmen für sich in Anspruch, dieses Erbe weiterzutragen, den Interessen der arbeitenden Menschen verpflichtet zu sein, Demokratie und Menschenrechte zu verwirklichen.“

Auf ihrem Dortmunder Parteitag am 28. September 1952 hatte die SPD festgelegt:

„Die Kommunisten berufen sich zu Unrecht auf sozialistische Traditionen. In Wirklichkeit haben sie diese Tradition bis zur Unkenntlichkeit verzerrt.“ (Aktionsprogramm der SPD, Dortmunder Parteitag, 28. 9. 1952)

Kommentare zu dieser Anbiederung der SPD an die SED:

„Sozialdemokraten sind Demokraten, die Kommunisten dagegen haben, und dies keineswegs nur in der Zeit Stalins, Menschenrechte unterdrückt, Arbeiter ausgebeutet und die Demokratie als Diktatur entstellt.“ (FAZ, 29. 8. 1987)

„Und im übrigen gehört er (Erhard Eppler) zu denjenigen, die einer postulierten Gemeinsamkeit der Verantwortung der beiden deutschen Staaten für die Erhaltung des Friedens so viel Wert beimessen, daß sie den Unterschied zwischen bundesdeutscher Demokratie und SED-Diktatur zu verwischen suchen.“ (Neue Zürcher Zeitung, 30. 8. 1987)

„Zur Sicherung des Friedens, sagen in dem Papier die SPD und die SED, gehört... die Entwicklung lebendiger Demokratie... Eppler hat mit seiner Unterschrift zugelassen, daß man das östliche System Demokratie nennen darf; ein System, das seine Staatsbürger an der Mauer wie die Hasen abknallt, wenn sie ihr international verbrieftes Recht auf Auswanderung beanspruchen (Allge-

meine Erklärung der Menschenrechte, Art. 13).“
(Zeit, 11. 9. 1987)

Geplanter Besuch der SPD-Fraktion beim SED-Regime

Noch im September 1989, in der Zeit, als die machtvollen Demonstrationen gegen die SED in der DDR schon begonnen hatten, wollte die SPD-Bundestagsfraktion dem SED-Regime einen Besuch abstatten. Die Presse meinte dazu:

„Daß ausgerechnet die bundesdeutschen Sozialdemokraten das derzeit völlig ramponierte internationale Ansehen des SED-Regimes eifertig wieder aufpolieren wollen, zeugt in jedem Fall von mangelndem Fingerspitzengefühl.“
(Kölnische Rundschau, 15. 9. 1989)

„Viele DDR-Bürger, deren Familien von der Massenflucht betroffen sind und sie als persönliche Tragödie empfinden, werden in der Hofierung von prominenten Mitgliedern des SED-Regimes durch Sozialdemokraten eine Verhöhnung sehen... Die SPD setzt sich ohne Not dem Verdacht aus, die Drangsaliereten zu brüskieren, in dem sie die Drangsalierer aufwertet... Der SPD droht innenpolitisch eine Isolierung. Jeder Flüchtling, der in die Bundesrepublik kommt, macht den Dialog mit der systembeharrlichen SED zu einer Farce.“
(Rheinpfalz, 15. 9. 1989)

Die Peinlichkeit wurde vollständig, als die SPD von der SED brüsk wieder ausgeladen wurde:

„Die dünne Tünche einer gewissen Umgänglichkeit des Regimes, die viele Leute schon für die Substanz nahmen, ist abgefallen. Am schmerzlichsten hat dies die SPD erfahren, die wider alle Vernunft darauf bestand, ausgerechnet in dieser Versteinierungsphase das Gespräch mit

den Machthabern wieder aufzunehmen — aber von eben diesen in einem Schreiben ohne Anrede und Grußformel brüsk ausgeladen wurde.“ (FAZ, 19. 9. 1989)

„Vielleicht geben die jetzt so peinlich demonstrierten Berührungängste der SED-Führung den Sozialdemokraten Anlaß zu einer nachdenklichen Überprüfung ihrer deutschlandpolitischen Positionen. Sie waren und sind teilweise illusionär, weil sie die Reformfähigkeit des Regimes der DDR überschätzen, so man ihnen nur die Anerkennung über das praktizierte Maß hinaus zuteil werden lasse. Die SPD sollte ihrem Genossen Gansel in seiner Forderung nach einem Wandel durch Abstand folgen, gemeinsam mit den Regierungsparteien... Wandel durch Annäherung war immer eine untaugliche politische Handlungsanweisung.“

(General-Anzeiger, Bonn 16./17. 9. 1989)

2. SPD gegen die Wiedervereinigung

Willy Brandt hat in diesen Tagen die Spaltung Deutschlands „widernatürlich“ (DFS, 10. 11. 1989) genannt. In Berlin hat er ausgedrückt, was historisch richtig ist: „Jetzt wächst zusammen, was zusammen gehört.“ (Willy Brandt, 10. 11. 1989, SPD-Plakat) Zwar sprach er noch vor kurzem im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung von einer „Lebenslüge“ und meinte: „Der Traum ist vorbei.“ (Willy Brandt, Reden über das eigene Land: Deutschland, S. 63). Aber heute verschließt er sich nicht der historischen Entwicklung.

Trotz der Revolution in der DDR ist er jedoch bis in diese Tage ein einsamer Rufer in seiner Partei:

„Ablehnung des leichtfertigen und illusionären Wiedervereinigungsgeredes“ (H.-J. Vogel, Bericht vor der Fraktion,

Die SPD im Deutschen Bundestag,

3. 10. 1989)

Walter Momper spricht von der „wiederaufflammenden Wiedervereinigungsrhetorik“ (ppp, 4. 10. 1989)

„Wiedervereinigung ist kein Thema.“

(Egon Bahr, 3. 11. 1989 nach:

Bild, 9. 11. 1989)

„platten und politisch gefährlichen Wiedervereinigungsrhetorik“ (Gerd Walter, SPD-Landesvorsitzender Schleswig-Holstein, ppp, 30. 10. 1989)

„Heute kann die stereotype Wiederholung der Formel von der Wiedervereinigung außer ein paar Rückwärtsgewandten niemand mehr befriedigen.“ (Rudi Schöfberger, Vorsitzender der SPD Bayern, Sozialdemokratischer Pressedienst, 3. 11. 1989)

„Opportunistisch und widerwärtig“ (Peter Glotz, Vorsitzender SPD-Südbayern zur Wiedervereinigung, Welt, 23. 10. 1989)

„Reaktionär und hochgradig gefährlich“ „Untauglicher Begriff“, komme im Grundgesetz nicht vor und sei rückwärtsgerichtet. (Gerhard Schröder, Oppositionsführer SPD-Niedersachsen zur Wiedervereinigung, FAZ, 28. 9. 1989)

Die Lösung der Deutschen Frage liegt „eher in einer Zweistaatlichkeit“. (Norbert Gansel, Deutschlandfunk, 24. 9. 1989)

Die Jusos fordern die völkerrechtliche Anerkennung der DDR und die Aufgabe des Wiedervereinigungsgebots des Grundgesetzes. (ppp, 25. 10. 1989)

Der deutschland- und berlinpolitische Teil des Koalitionspapiers der SPD mit der AL in Berlin enthält

— kein Wort zur Wiedervereinigung;

— kein Wort zum Selbstbestimmungsrecht, mit dem das deutsche Volk die Einheit in Freiheit wiedererlangen soll;

— kein Wort zur Freiheit, die von überraschender politischer Bedeutung für Berlin ist;

— kein Wort zu Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl sowie

— kein Wort zur permanenten Verletzung der Menschenrechte in der DDR. Statt dessen heißt es:

— „Eine europäische Friedensordnung wird es... nur mit zwei gleichberechtigten... Staaten geben können, die ihre Existenz nicht gegenseitig in Frage stellen.“

— „... es komme nicht darauf an, Grenzen... zu verändern“, dies gelte auch für die „deutsch-deutsche Grenze und die Mauer in Berlin“.

„Es muß offen bleiben, ob und in welcher Form die Deutschen in beiden Staaten in einer europäischen Friedensordnung zu institutioneller Gemeinschaft finden.“ (Grundsatzprogramm-Entwurf der SPD, 1989)

„Wer... die Deutsche Frage aufwirft, stört Europa... die alte Deutsche Frage liegt hinter uns... Rückkehr ist nicht mehr offen“. (Egon Bahr, zit. nach: FR, 13. 12. 1988)

„Last der Wiedervereinigungsillusion“ „objektiv und subjektiv Lüge“ „politische Umweltverschmutzung“ „Heuchelei“

„Illusion“. (Egon Bahr, FR, 13./14. 1. 1988)

„In der Teilung gibt es deutsche Chancen“ (Egon Bahr, FR, 13. 12. 1988)

„Historisch überholt“ (Hans Büchler, SPD-Obmann im Innerdeutschen Ausschuß, zum Wiedervereinigungsartikel (Art. 7) des Deutschlandvertrages) (Welt, 27. 5. 1987)

Widersprüche zur SDP

Die SPD befindet sich damit in einem auffallenden Widerspruch zu Feststellun-

gen der neugegründeten Sozialdemokratischen Partei der DDR, der SDP:

„Für die Zukunft müssen Möglichkeiten geprüft werden, wie man zu einer Einheit kommen könnte.“ (Angelika Barbe, SDP, Stern, 16. 11. 1989)

Eine „schweigende Mehrheit“ sei für die Wiedervereinigung. (Konrad Elmer, SDP-Vorstandsmitglied, Welt, 13. 11. 1989)

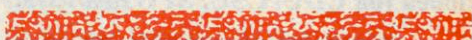
„Das Thema Wiedervereinigung wird an jeder Straßenecke in dieser Stadt und in diesem Land gesprochen.“ (Andreas Bergmann, SDP, taz, 13. 11. 1989)

3. Fazit:

„Unsere Politik hat sich in den zurückliegenden Jahren an einer dauerhaften deutschen Zweistaatlichkeit orientiert.“ (Hermann Scheer, SDP-MdB, Sozialdemokratischer Pressedienst, 11. 10. 1989)

„Die deutsche Linke befindet sich in der Gefahr, einen historischen Fehler zu machen. Vergleichbar nur ihrer Ablehnung der radikalen marktwirtschaftlichen Reformen Ludwig Erhards nach 1948 und der Westintegration der Bundesrepublik nach Beginn des Kalten Krieges 1949. Damals erhielt die Linke eine politische Quittung auf zwanzig Jahre Opposition. 1959 in Godesberg und 1960 im Bundestag mußte sie sich revidieren. Heute geht es um ihre unklare Haltung zur staatlichen Einheit der beiden deutschen Staaten... Die politische Bestrafung durch den Wähler könnte auch diesmal wieder drakonisch ausfallen... denn ein geteiltes Deutschland und, noch deutlicher, ein geteiltes Berlin, bleiben unnatürlich... Die Position der angeblichen politischen Vernunft, die das Thema einer staatlichen Vereinigung von Bundesrepublik Deutschland und Deutscher Demokratischer Republik als gefährliches Wiedervereinigungsgerede in die

politische Dunkelkammer stecken möchte, handelt deswegen selber gefährlich... weil sie mit Geschichte taktiert. Weil sie Gefahr läuft, vom Strom der Geschichte in eine Flut gespült zu werden, anstatt die Kraft des Stromes zu respektieren und diesen zu lenken.“ (Klaus von Dohnanyi, ehemaliger SPD-Bürgermeister in Hamburg, Stern, 16. 11. 1989)



Wegweiser für Übersiedler aus der DDR

Der Wegweiser wird auf Anforderung
versandt von der
● Bundesaufnahmestelle in Gießen,
Postfach 5940, 6300 Gießen 1
● Bundesaufnahmestelle in Berlin,
Marienfelder Allee 66-80,
1000 Berlin 48.

Herausgeber:
Der Bundesminister des Innern



Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble möchte mit dem vorliegenden „Wegweiser“ den vielen Tausenden, die zu uns in die Bundesrepublik kommen, den Start in ein neues Leben erleichtern, wichtige Hinweise darauf geben, welche Leistungen, Ansprüche, Hilfen und Vergünstigungen für Übersiedler in Betracht kommen und diejenigen Stellen nennen, die dabei behilflich sein können.

Die Rentenreform zeigt die Handschrift der CDU

Der Deutsche Bundestag hat kürzlich das Rentenreformgesetz 1992 abschließend beraten und verabschiedet.

Grundlage der Beratungen war ein gemeinsamer Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU/CSU, SPD und FDP.

Zur Verabschiedung des Rentenreformgesetzes erklärt Generalsekretär Volker Rühle: Mit der jetzigen Rentenreform macht die CDU die Renten für die zukünftigen Rentnergenerationen sicher.

Die Handschrift der CDU bei diesem Rentenreformgesetz wird vor allem bei der Verlängerung der Kindererziehungsjahre von einem auf drei Jahre für Geburten ab dem Jahre 1992 und bei der Einführung von Kinder- und Pflegeberücksichtigungszeiten deutlich.

Die Renten erhalten mit dieser Familienkomponente neben den Rentenbeiträgen und dem Bundeszuschuß ein drittes Standbein, denn die Geburt von Kindern ist wesentlicher Bestandteil des Genera-

Über die Schwerpunkte der Rentenreform wird der UiD in einer seiner nächsten Ausgaben ausführlich berichtet.

tionenvertrages. Der CDU kommt es bei dieser Rentenreform vor allem darauf an, daß sie nicht nur ökonomisch abgesichert, sondern gleichzeitig kinder- und familienfreundlich ist. Kinder bedeuten zukünftige Beitragszahler und damit langfristig sichere Renten.

Die CDU knüpft mit dieser Rentenreform an ihre rentenpolitische Tradition an. 1957 hat die CDU mit der Einführung

der dynamischen Rente ein neues Kapitel der deutschen Sozialgeschichte eröffnet und die Grundlage dafür geschaffen, daß Millionen älterer Mitbürger nach der Berufstätigkeit im Alter ein Leben in sozialer Sicherheit führen können.

1982 hat die CDU, als die drohende Gefahr der Zahlungsunfähigkeit der Rentenversicherung bestand, die Rentenfianzen wieder auf eine solide Grundlage gestellt. Die Rentner können sich darauf verlassen, daß die Renten sicher sind.

Wohnungsbaukreditprogramm bereits jetzt ein Erfolg

Das 1,5 Milliarden-Mark-Programm zur Schaffung zusätzlicher Mietwohnungen im Gebäudebestand, stößt auf außerordentlich großes Investoreninteresse. Obwohl die von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) gewährten zinsgünstigen Kredite (Zinssatz: 5,25 Prozent) erst seit ca. 2 Wochen beantragt werden können, sind bereits rund 2.000 Anträge mit einem Kreditvolumen von fast 300 Millionen Mark gestellt worden.

Bundesministerin Hasselfeldt: „Der Zuspruch für das Kreditprogramm beweist, wie zielgerecht diese Fördermaßnahme ist. Ich bin davon überzeugt, daß bei konsequenter Umsetzung aller wohnungsbaupolitischen Maßnahmen schon im kommenden Jahr 400.000 Wohnungsbaugenehmigungen und 300.000 Fertigstellungen erreicht werden können.“

IN DREI JAHREN:

MEHR ALS 1 Mio. NEUE WOHNUNGEN

Um die Versorgungsengpässe auf dem Wohnungsmarkt zu überwinden, hat die Regierung Helmut Kohl ein Maßnahmenpaket beschlossen, das in drei Jahren mehr als 1 Million neue Wohnungen schaffen soll. Die wichtigsten Maßnahmen:

● Mehr Geld für den sozialen Wohnungsbau

Die Mittel werden auf 2 Mrd. DM 1990 aufgestockt. Insgesamt werden in den nächsten 4 Jahren 8 Mrd. DM bereitgestellt. Dadurch sollen rd. 500 000 neue Sozialwohnungen entstehen.

● Steuererleichterungen für den Mietwohnungsbau

Die Abschreibungsbedingungen wurden spürbar verbessert. Besonders günstige Bedingungen gibt es beim Bau von Wohnungen mit Sozialbindung.

● Bauspar-Zwischenfinanzierungsprogramm aufgelegt

Zur Zinsverbilligung von Bauspar-Zwischenfinanzierungskrediten werden 500 Mio. DM bereitgestellt.

● Dachgeschoßausbau gefördert

Der Bauherr kann zinsverbilligte Kredite beantragen oder Steuervorteile nutzen.

● Wohngeld erhöht

In Gemeinden und Kreisen mit besonders hohen Mieten und überdurchschnittlichen Mietsteigerungen wird das Wohngeld erhöht.

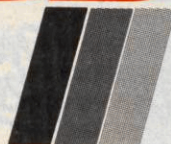
● Studentenwohnungsbau gefördert

Neben einem 500 Mio. DM-Kreditprogramm gibt es 1990 300 Mio. DM für 20 000 zusätzliche Wohnheimplätze.

ERSTE ERFOLGE

Die Zahl der Baugenehmigungen stieg in den ersten acht Monaten dieses Jahres gegenüber dem Vorjahr um 24,5 %. Bei Mehrfamilienhäusern waren es sogar 58,4 %.

CDU



Die
Zukunft

WIR DEUTSCHEN FREUEN UNS

Unsere Landsleute aus der DDR können uns nun endlich frei besuchen. Wir heißen sie herzlich willkommen!

Wir rufen ihnen zu: Ihr steht nicht allein, wir stehen an Eurer Seite. Wir sind und bleiben eine Nation. Wir gehören zusammen.

Das Recht auf Selbstbestimmung ist ein Grundrecht des Menschen. Wir fordern dieses Recht für alle Menschen in Europa, wir fordern es für alle Deutschen.

Die Menschen in der DDR haben ein Recht auf

- freie Meinungsäußerung,
- eine wirklich freie Presse,

- freie Bildung von Gewerkschaften,
- freie Gründung von Parteien,
- freie, gleiche und geheime Wahlen.

Sie sind dabei, sich diese Freiheiten selbst zu erkämpfen. Wir in der Bundesrepublik Deutschland wollen sie dabei von Herzen unterstützen.

»Die Bundesregierung wird alles in ihren Kräften Stehende tun, um den Prozeß einer Öffnung in der DDR zum Wohle unserer Landsleute zu unterstützen.«
Bundeskanzler Helmut Kohl

EINIGKEIT UND RECHT UND FREIHEIT

CDU



Die
Zukunft

Wir Deutschen freuen uns

Aktuelle Materialien zur Deutschland- politik

Seit Ende vergangener Woche ist eine der zentralen deutschlandpolitischen Forderungen der CDU Wirklichkeit geworden: Unsere Landsleute aus der DDR können uns nun endlich frei besuchen! Die CDU als die Partei der deutschen Einheit sollte nun alles tun, um Besucher und Übersiedler aus der DDR möglichst öffentlichkeitswirksam zu begrüßen.

Die CDU-Bundesgeschäftsstelle unterstützt Sie dabei in Ihren örtlichen Aktivitäten: Ihre Kreisgeschäftsstelle hat inzwischen folgende Materialien erhalten, die Sie anfordern können.

- Reprerife Druckvorlagen für Anzeigen, die Sie in Ihren örtlichen Zeitungen schalten können.
- Ein aktuelles Flugblatt „Wir Deutschen freuen uns“ (siehe Abbildung auf der gegenüberliegenden Seite).
- Eine aktuelle Wandzeitung „Wir Deutschen freuen uns“ (siehe Abbildung letzte Seite).



Wieder im Angebot

Kugelschreiber in neuem Design – Preis bleibt stabil

CDU-Kugelschreiber sind seit Jahren ein beliebtes Kleinwerbemittel. Bei der jetzt vorgenommenen Modell-Korrektur wurden die vielen Anregungen, die uns in den letzten Jahren zugegangen sind, berücksichtigt. Der neue Kugelschreiber überzeugt nicht nur durch seine dezente Eleganz, sondern auch durch die neue Qualität der Minen.

Bestell-Nr.: 9429

Mindestabnahme: 50 Stück

Preis je 50 Stück: 19,50 DM

zzgl. MwSt.

Bestellungen über das
IS-Versandzentrum
Postfach 1328
4804 Versmold

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1



»Einigkeit und Recht und Freiheit
Für das deutsche Vaterland!
Danach laßt uns alle streben
Brüderlich mit Herz und Hand!
Einigkeit und Recht und Freiheit
Sind des Glückes Unterpfand!
Blüh' im Glanze dieses Glückes,
Blühe Deutsches Vaterland!«

WIR DEUTSCHEN FREUEN UNS! **CDU**

Dies ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle, die Ihre Angaben an die Bundesgeschäftsstelle weiterleiten wird.

UID

36/89

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, Telefax (02 28) 23 40 93, Vertrieb: Telefon (02 28) 544-421. Verlagsleitung: Dr. Uwe Lühje. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Herstellung: VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.